Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. jeder Zeit Bestellungen entgegen. Ohne Gewalt, Krieg od. sonstiger kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Geschäftsstelle, nehmen zu gegen. Im Falle höherer Betriebsstörungen besteht eingesandter Schriftstücke

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 2 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 3. Januar 1933

Der graue Alltag.

Fast ist es, als solle in ein paar Tagen nachgeholt werden, was unter dem Gebot des Burgfriedens und unter der Weihnachtszeit an parteipolitischem Leben und Lärmen „versäumt" worden ist: denn der politische Burgfriede ist jetzt abgelaufen und damit fallen alle notverordneten Schranken fort, die der parteipolitischen Betätigung in und vor aller Öffentlichkeit gesetzt worden waren. Er hat nur zeitweise beruhigend gewirkt, und ob nun ein unvermindert heftiger Kampf, wie er im vergangenen Jahre getobt, auch jetzt wieder einsetzen wird, hängt ja im wesentlichen davon ab, wie sich die wirtschaftlichen Hintergründe dieses Kampfes entwickeln werden. Ob es also dem Kabinett Schleicher gelingen wird, „unser erstes Ziel" zu erreichen, wie der Reichspräsident in seiner Antwort auf die Glückwunschrede des Reichskanzlers sagte, nämlich „unserem Volke Brot und Arbeit zu schaffen." In seiner Rede hatte der Reichskanzler selbst an den ihm gewordenen Auftrag Hindenburgs erinnert: „Schaffen Sie Arbeit und suchen Sie die Spannungen in unserem Volke durch sozialen Ausgleich zu mildern."

„Die Reichsregierung wird diese Leitsätze zur Richtschnur ihres Handelns machen", — es fragt sich dabei aber, ob nicht von verschiedenen politischen Seiten her Störungen beabsichtigt oder schon eingeleitet werden! Denn zum 4. Januar ist der Ältesten-Ausschuß des Reichstages einberufen worden und hier soll beschlossen werden, an welchem Tage die Volksvertretung wieder zusammentreten soll. Bekanntlich sind während der kurzen Dezembertagung des Reichstages so ziemlich alle Streitfragen verschoben worden, und es gelang dem Reichskanzler, dadurch eine Art „Anlaufsfrist" zu erreichen, die sich wohl noch um einige Zeit fortsetzen, aber doch im Januar ihr Ende erreichen wird. Wie nun freilich dieses „Ende" sein wird, vermag heute weder ein kleiner noch ein großer Prophet vorauszusagen. An Beratungsstoff wird es aber dem Reichstag wirklich nicht fehlen! Und noch weniger an Rednern und Reden . . .!

Trotzdem es sich für unser Volk und seine Regierung in allererster Linie um die Schaffung von Arbeit und Brot, also um eine wirtschaftspolitische Aufgabe handelt, an die wir zunächst einmal mit eigenen Kräften herangehen müssen, so steht das Kabinett Schleicher bereits im Januar vor bedeutungsvollen außenpolitischen und vor noch wichtigeren außenwirtschaftlichen Arbeiten. Vorbereitender Ausschuß für die Weltwirtschaftskonferenz, Tagung des Völkerbundrates und schließlich der Wiederzusammentritt der Abrüstungskonferenz sind allein schon die äußeren Zeichen dafür, daß das politische Geschehen in der Welt nicht stille steht. Wichtiger freilich wäre es, wenn die Welt damit auch — vorwärtsgebracht würde! Sehr offen hat hierüber auch Reichspräsident von Hindenburg beim Empfang des Berliner Diplomatischen Korps gesagt: „Unsere Sorge um die Zukunft wird dadurch verstärkt, daß sich wichtige internationale Probleme ohne Lösung von einem Jahr ins andere schleppen und mit immer schwererem Druck auf der Welt lasten." Gerade die Weltwirtschaftskonferenz wird „vorbereitet", aber noch ist ganz ungewiß, ob sie wirklich, wie beabsichtigt, „bereits" im Frühjahr stattfinden wird. Dabei ist wohl auch nicht ganz unwichtig, ob der schwelende Kriegsbrand im Fernen Osten weiterglimmt oder gar zu noch höherer Flamme emporlodert: denn hier ist es Amerika aus wirtschaftspolitischen Gründen außerordentlich stark interessiert, und das alles beeinflußt wieder die Haltung der Vereinigten Staaten in der weltwirtschaftlich so hochbedeutsamen Kriegsschuldenfrage, die ja auch noch der Lösung harrt.

Herr von Schleicher sprach in seiner Neujahrsrede von der Länge und Schwere des Weges, der zur Arbeitsbeschaffung für das deutsche Volk führt. Lang und schwer ist aber auch der Weg, auf dem die weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Probleme international „bearbeitet" werden. Und die Welt hat sich daran gewöhnen müssen, daß sich bestenfalls ein Teil ihrer Neujahrswünsche erfüllte. Das traf auch auf das Jahr 1932 zu. Aber hoffentlich hat der Reichspräsident diesmal mit größerer Berechtigung als vor einem Jahre die Hoffnung ausgesprochen, „daß die härteste Notzeit Deutschlands überwunden und der Weg aufwärts nunmehr für uns frei wird".

Keine Fünfmächtebesprechung vor der Abrüstungskonferenz.

Die von Macdonald geplante Einberufung einer Fünfmächtebesprechung über die praktische Auslegung der deutschen Gleichberechtigung, die vor dem Wiederzusammentritt der Abrüstungskonferenz in London stattfinden sollte, ist nunmehr von der englischen Regierung praktisch aufgegeben worden. Sowohl Reichskanzler von Schleicher wie auch der französische Ministerpräsident Paul-Boncour zeigten, wie es heißt, sich abgeneigt, an einer solchen Konferenz teilzunehmen.

Die Regierung drängt zur Entscheidung

Der Zusammentritt des Reichstags.

Sitzung des Ältestenrats.

Bereits in der ersten Januarwoche werden die politischen Arbeiten im Reiche wiederaufgenommen. So tritt am 4. Januar der Ältestenrat des Reichstages zusammen, um den Termin für die nächste Vollsitzung des Reichstages festzulegen. Kommunisten und Sozialdemokraten sind nach wie vor für einen möglichst frühen Zusammentritt des Reichstages und wünschen, daß am 9. oder 10. Januar wieder Vollsitzungen stattfinden sollen, während die Nationalsozialisten ihre Stellungnahme zu dieser Frage bisher noch nicht bekanntgegeben haben. Die Sitzung des Ältestenrates wird übrigens, wie verlautet, vom Reichstagspräsidenten Göring geleitet, werden, der für Dienstag aus seinem Urlaub in Berlin zurückerwartet wird.

In der Öffentlichkeit hat es zum Teil Aufsehen erregt, daß Reichstagspräsident Göring zum Neujahrsempfang beim Reichspräsidenten nicht persönlich erschienen war. Man hat vielfach hieran allerlei Kombinationen geknüpft. Um allen falschen Deutungen der Nichteilnahme Görings beim Neujahrsempfang entgegenzutreten, wird von zuständiger Stelle der in herzlichem Ton gehaltene

Briefwechsel zwischen dem Reichstagspräsidenten und dem Reichspräsidenten

veröffentlicht. Reichstagspräsident Göring hat unter dem Datum des 1. Januar an den Reichspräsidenten von Hindenburg folgendes Glückwunschschreiben gerichtet:

„Eurer Exzellenz bitte ich im Namen des Reichstags und seines Präsidiums ergebenst, Ihnen aus Anlaß des Jahreswechsels auf diesem Wege unsere ehrerbietigen und aufrichtigsten Glückwünsche aussprechen zu dürfen. Möge Gottes Gnade auch ferner über Ihnen walten, damit Euer Exzellenz im neuen Jahre Ihre Kräfte so wie bisher dem Dienste an Volk und Vaterland widmen können.

In ausgezeichnetster Hochachtung und aufrichtiger Verehrung habe ich die Ehre zu sein Ihr sehr ergebener
gez. Hermann Göring."

Der Reichspräsident hat auf dieses Schreiben mit folgendem Briefe geantwortet:

„Sehr geehrter Herr Reichstagspräsident! Haben Sie herzlichen Dank für die freundlichen Glückwünsche, die Sie mir anläßlich des Jahreswechsels im Namen des Reichstages und seines Präsidiums übermittelt haben. Ich erwidere Ihre Glückwünsche mit den besten Wünschen für Ihr persönliches Wohlergehen, wie für eine gute Arbeit des Reichstages.

Mit freundlichen Grüßen gez. von Hindenburg."

In einer Anzahl Blätter ist die bei dem Neujahrsempfang beim Reichspräsidenten durch den Reichsrat geforderte Beilegung des Preußenkonflikts in sensationeller Weise aufgemacht worden. Von zuständiger Seite wird darauf hingewiesen, daß bereits vorher bekanntgegeben sei, daß der Reichsratsvertreter eine derartige Bemerkung machen und daß der Reichspräsident in entsprechender Form antworten werde. Es liege also keinerlei Anlaß vor, aus dieser Begebenheit einen sensationellen Zwischenfall zu machen.

*

Die Lage in Preußen.

Eine neue Notverordnung.

Ob die Lage in Preußen in nächster Zeit einer Klärung zugeführt werden wird, ist noch sehr ungewiß. Die im Dezember abgebrochenen Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum in Preußen sind bisher noch nicht wieder aufgenommen worden und auch für die nächste Zeit soll kaum mit der Fortsetzung der Verhandlungen zu rechnen sein. Dagegen ist beabsichtigt, die im Dezember begonnene Aussprache zwischen dem Reichskanzler und dem preußischen Ministerpräsidenten Braun über die Regierungsverhältnisse in Preußen fortzuführen.

Im Zusammenhang hiermit sind Meldungen von Interesse, die davon zu berichten wissen, daß die Kommissariatsregierung in Preußen augenblicklich eine neue dritte Notverordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vorbereitet. Diese Verordnung, die schon in allernächster Zeit erlassen werden soll, bringt sehr weitgehende Änderungen innerhalb der preußischen Landesverwaltung. Sie soll weit über hundert Einzelbestimmungen umfassen und sehr stark in die bisher geltenden Ordnungen für die Städte, Kreise und Gemeinden eingreifen.

*

Reichsregierung erwartet parlamentarische Klärung.

Zu den zahlreichen Gerüchten, die von gewissen Berliner Blättern über den Fall Strasser und die künftige Haltung der Nationalsozialisten gegenüber dem Kabinett von Schleicher verbreitet werden, wird von unterrichteter Stelle u. a. folgendes betont:

Die Reichsregierung wird natürlich die Entwicklung innerhalb der NSDAP. abwarten. Sollte z. B. in absehbarer Zeit eine Klärung der sachlichen Gegensätze zwischen Gregor Strasser und der nationalsozialistischen Parteiführung erfolgen, so würde damit auch über die endgültige parlamentarische Haltung der NSDAP. Klarheit geschaffen sein. Die Reichsregierung wird sich weiter den Wünschen des Reichstages nach Abgabe der Regierungserklärung und nach einer politischen Aussprache keineswegs entziehen und auch hinsichtlich des Zeitpunktes den Wünschen des Reichstages zweifellos entgegenkommen.

Auf jeden Fall aber wird der Reichskanzler selbst ein klares Bekenntnis der NSDAP. für oder gegen sich fordern. An einer etwaigen Verschleppung dieser Klärung habe die Reichsregierung kein Interesse. Daß diese Klärung in einer vorherigen Fühlungnahme zwischen dem Reichskanzler und der Führung der NSDAP. gesucht wird, hält man durchaus für möglich.

Ferner waren Behauptungen in der Presse aufgetaucht, die insbesondere von einem Zusammentreffen zwischen Adolf Hitler und dem früheren Reichskanzler von Papen in den nächsten Tagen wissen wollten. Diese Gerüchte sind nicht nur von Papen selbst als „absolut freie Erfindung" bezeichnet, sondern auch von dem Preußischen Pressedienst der NSDAP. auf das schärfste dementiert worden.

Scharfe Angriffe Rosenbergs gegen den Kanzler.

Im Völkischen Beobachter wird Reichskanzler von Schleicher wegen seiner Rede beim offiziellen Neujahrsempfang sehr scharf angegriffen. Schleicher hatte u. a. erklärt: „Meinen beiden Vorgängern im Kanzleramt ist es gelungen, Deutschland von der Last der Reparationen zu befreien". Rosenberg stellt dazu fest, daß Deutschland nach wie vor 410 Millionen Goldmark Jahrestribute leiste, und schreibt: Dieses unverantwortliche Neujahrswort des Übergangskanzlers wird in der ganzen Welt gelesen werden. Alle Völker werden es von jetzt ab als ausgemacht hinnehmen, daß Deutschland von allen Lasten befreit sei, daß es somit die besten Aussichten besitze, sich wirtschaftlich zu erholen. Und alle werden dann mehr als erstaunt sein, wenn deutscherseits der Kampf um die Streichung doch noch bestehender riesiger Tribute einsetzen wird, der Kampf um die Herabsetzung der Zinsen der sogenannten Anleihen und die neue Beurteilung vieler dieser Anleihen als Tributzahlungen. Der neue Reichskanzler hat dem deutschen Schicksalskampf gegen die Tributsklaverei einen furchtbaren Rückschlag versetzt. Nach den Neujahrsworten des Reichskanzlers gibt es im deutschen Volk **zunächst nur** eine Losung: Fort mit Schleicher!

„Mein Vaterland muß größer sein!"

Am letzten Tage des nunmehr endgültig vergangenen Jahres konnten wir Deutschen noch einmal die Köpfe schütteln über die sonderbare — ja, soll man es wirklich „Angst" nennen, mit der die Franzosen den deutschen Teil Mitteleuropas betrachten? In der Pariser Deputiertenkammer, noch mehr aber im Senat beherrschte bei der Debatte über die Ratifizierung der englisch-französischen Anleihe an Österreich bloß der „Anschluß"-Gedanke die Köpfe und brachte sogar alle Bedenken zum Schweigen, die man seit einiger Zeit in dieser Körperschaft überhaupt gegen Anleihen, selbst an befreundete Staaten, hegt. Wobei man in Paris übrigens auch ganz unberücksichtigt ließ, daß man den Österreichern jetzt dreimal soviel leiht, wie man eigentlich am 15. Dezember an Amerika hätte zahlen sollen!

Wir Deutsche aber durften in das neue Jahr den Satz des französischen Ministerpräsidenten Paul-Boncour mit hinübernehmen: „Damit Österreich nicht unter die Hegemonie größerer Nachbarn gerät, genügt es nicht, alte Bindungen zu erneuern und zu verstärken, sondern man muß diesem Lande durch Schaffung besserer Lebensbedingungen auch den Wunsch nehmen, seine Selbständigkeit aufzugeben und sich der Macht anderer Nationen anheimzugeben." Paul-Boncour gibt mit diesem unvorsichtigen Satz zu, daß der Wunsch und Wille Österreichs zum Anschluß drängt, man dies aber durch erneuerte und verstärkte Bindungen materieller Natur verhindern wolle. — was

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF